

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : Freiheit von Not ; Freiheit von Furcht ; Der Abrüstungsplan ; Amerikas gefährlicher Weg ; "Typischer Imperialismus" ; Russische Triebkräfte ; Beginnende Wendung? ; Das Wort hat England ; Jenseits des Imperialismus ; Blick auf Amerika ; F...

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138867>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltrundschau

Freiheit von Not Am Ende dieses schweren und ereignisvollen Jahres 1946 hat der rück- und umschauende Beobachter und mit ihm gewiß so mancher Leser, so manche Leserin, die die Weltnot forgend auf dem Herzen tragen, alle Mühe, sich eines Gefühls der Bedrücktheit zu erwehren. Der Augenschein der internationalen Lage ist ja auch tatsächlich nichts weniger als brillant, und der Unglücksraben, die uns aus Presse und Radio ankrächzen, sind mehr als genug. Dennoch — wir dürfen Niedergeschlagenheit und Entmutigung nie über uns Herr werden lassen. Nicht weil wir verpflichtet wären, irgendeinem künstlich-krampfhaften Optimismus zu huldigen, dem gegenüber die Berufspessimisten freilich nur zu oft recht bekommen, sondern weil die Kraft, die hinter aller Geschichte wirkt, ihre Ziele trotz allem Widerstand unverständiger, besserwissender, frevelnder Menschen mit großartiger Unbekümmertheit eben dennoch verfolgt, und weil in allem Dunkel der Zeit auch die lichtereren Zeichen nicht fehlen, daß sich die Völker dem Willen des Herrn der Geschichte doch zu öffnen beginnen. Sie *müssen* ja, ob sie nun wollen oder nicht!

Der äußere Weltzustand sieht freilich zunächst wenig verheißungsvoll aus. Vor allem die *leibliche Not* von Millionen Menschen und ganzen Völkern übersteigt jede Phantasie und läßt einem die politischen Machtkämpfe, von deren Lärm die Oeffentlichkeit widerhallt, oft als völlig nebenfächlich, ja verantwortungslos erscheinen. „Eine *neue Katastrophe* bedroht die kriegsgeschädigten Länder und bringt Millionen ausgehungerte, obdachlose, ungenügend gekleidete, gegen Epidemien widerstandslose Menschen in höchste Gefahr.“ So beginnt ein Alarmruf, den verschiedene internationale Vereinigungen jüngst erlassen haben, und nach den Berichten, die uns von überall her erreichen, übertreibt er wahrlich nicht. Insbesondere das Kinderelend in Ost- und Südeuropa ist unbeschreiblich groß, aber auch die stille Not der Erwachsenen schreit zum Himmel, wobei wir über unserem verelendeten Europa niemals die namenlose Hilflosigkeit vergessen wollen, in der weithin auch die Völkermassen Asiens verkommen. Daß die gleichen Staaten, die im Kriege Wunder von Zusammenarbeit, Voraussicht und Leistungskraft vollbracht haben, jetzt nicht fähig sind, den Sieg über Hunger, Pestilenz und Tod zu organisieren, ist das endgültige Verdammungsurteil über ein wirtschaftliches und politisches System, das ohne den Profitantrieb nicht existieren zu können erklärt, und sollte das Gewissen der Menschheit von Grund auf erschüttern.

Es kann namentlich nicht verschwiegen werden, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, die Roosevelts Losung „Freiheit von Not!“

ganz vergessen zu haben scheinen, schwere Schuld auf sich laden, wenn sie jetzt den Welternährungsplan Sir John Orrs sabotieren und nicht einmal an den von der UNRRA begehrten Nahrungsmittelfonds von 400 Millionen Dollar, der auch Rußland hätte zugute kommen sollen, etwas beitragen wollen. Wie La Guardia sagte: „Amerika spielt fein politisches Spiel mit Menschenleben.“ Und zwar ein schlechtes Spiel; denn welche bessere Gelegenheit hätten die Vereinigten Staaten — und das in ihrem Schlepptau segelnde England —, die Sowjetunion von dem guten Willen der angelfächsischen Mächte zu überzeugen und sie für vielleicht entscheidende Zugeständnisse politischer Art zu gewinnen, als wenn sie jetzt mit den reichen Mitteln ihrer durch den Krieg nicht geschwächten, sondern gewaltig gestärkten Wirtschaft großzügig die Hilfe für *alle* Notleidenden, im mühsamsten Wiederaufbau stehenden Völker organisierten? Daß die *vorbereitende internationale Wirtschaftskonferenz* in London mit einem unerwartet guten Ergebnis abgeschlossen hat — die „Financial Times“ bezeichnet ihre Beschlüsse als „die umfassendsten je formulierten Vorschläge für eine internationale Zusammenarbeit zur Sicherung der Vollbeschäftigung“ —, ist unter diesen Umständen doppelt erfreulich und eröffnet keine schlechten Aussichten für den Durchbruch des Gedankens einer Weltplanwirtschaft, die Krisen und Arbeitslosigkeit tunlichst auszuschalten trachtete und damit die Axt auch an eine der Hauptwurzeln des Krieges legte.

Freiheit von Furcht Was für die Menschheit auf dem Spiele steht, wenn sie der Kriegsfurcht nicht Herr wird und das daraus hervorgehende neue Wettrüsten nicht einstellt, das bringen uns die andauernden Warnungen sachverständiger Männer vor der *Atombombe* und den anderen Massenvernichtungswaffen immer wieder klar zum Bewußtsein¹. Abrüstung und Kriegsverhinderung werden damit im eigentlichen Sinne *die* Lebensnotwendigkeiten der Völker, und sie sind denn auch während des ablaufenden Jahres

¹) Einstein und andere Gelehrte haben jüngst öffentlich erklärt — was der Chef unseres eidgenössischen Militärdepartements zwar nicht gelten läßt —, es gebe keine militärische Abwehr gegen die Atombombe, deren Verwendung in einem neuen Krieg sicher sei, mit dem ebenso sicheren Ergebnis, daß unsere Zivilisation zerstört werde. Und der amerikanische Senator McMahon, Mitglied der Atomkraftkommission, soll britischen Unterhausabgeordneten gesagt haben, in den Vereinigten Staaten würden jetzt Atombomben hergestellt, die 600mal stärker seien als die gegen Japan verwendeten. Andererseits stellt der britische Abgeordnete Blackburn im „Daily Herald“ (vom 30. Oktober) fest, daß bei der Atomzertrümmerung als Nebenprodukt in riesigen Mengen radioaktiver Staub abfalle, der eine noch furchtbarere Wirkung habe als die Atombombe selbst, zumal er gestreut werden könne, ohne daß man es merke, und weil er viel leichter und billiger zu fabrizieren sei als die Atombombe. Und was sonst noch an „Geheimwaffen“ in Vorbereitung ist, davon dringt über rätselhafte Andeutungen hinaus ja überhaupt nichts in die Öffentlichkeit. Der Bakterienkrieg scheint jedenfalls bereits überboten zu sein.

mehr und mehr in den Mittelpunkt der Weltpolitik getreten — allerdings ohne daß bisher mehr als nur ganz allgemeine Lösungsmöglichkeiten für diese Zentralprobleme sichtbar geworden wären. Die Organisation der *Vereinten Nationen* hat ihre ersten Gehversuche zwar bereits gemacht und hält in diesem Augenblick die letzten Sitzungen ihrer zweiten Generalversammlung in New York ab; doch ist es noch zu früh, um schon irgendein begründetes Urteil über ihr Funktionieren abzugeben; ein gewisser während dieses Jahres erreichter Fortschritt in der internationalen Zusammenarbeit und eine bessere Einspielung des UNO-Apparates ist immerhin unverkennbar. Was aber die danebenher tagende *Außenministerkonferenz* mit ihren verschiedenen Hilfs- und Beratungsorganen, unter denen besonders die „große“ Pariser Konferenz vom vergangenen Sommer zu nennen ist, anbetrifft, so ist sie nach fast einjähriger Arbeit über die Fertigstellung der nun endlich im Rohbau dastehenden Friedensverträge mit den Trabanten des Dritten Reiches nicht hinausgekommen, von einer energischen Anpackung der deutschen Frage selbst überhaupt nicht zu reden. Dabei sind diese Verträge alle unbefriedigendstes Kompromißwerk, das keine der zur Behandlung stehenden Fragen wirklich löst, so sehr ist jede großzügige Friedensordnung durch Rivalität, Argwohn, ja offene Feindseligkeit der maßgebenden Mächte untereinander unmöglich gemacht. Es ist vor allem der Gegensatz zwischen den *angelsächsischen Mächten und der Sowjetunion*, der sich in diesem Jahre zur alles beherrschenden Kerntatsache der Weltpolitik ausgewachsen hat. Auf beiden Seiten ist man mehr und mehr hypnotisiert durch Furcht vor dem Kriege, den der andere plane oder zu dem er durch das innere Gesetz seines Gesellschaftssystems getrieben werde. Und in den Vereinigten Staaten ist es bereits so weit, daß in einflußreichen Kreisen ganz ernsthaft die Frage eines *Präventivkrieges* erwogen wird, den Amerika gegen Rußland führen müsse, solange es noch das Atombombenmonopol habe und sich die Sowjetunion noch nicht wieder von ihren Kriegsverlusten und Wirtschaftsverheerungen erholt habe.

Der Abrüstungsplan Wie schwer es in einer derartigen Atmosphäre hält, die Vereinten Nationen, die doch auf die Zusammenarbeit der Westalliierten mit Rußland völlig angewiesen sind, auch nur einigermaßen arbeitsfähig zu machen, das hat man gerade in den letzten Wochen am Schicksal des *Abrüstungsantrages* sehen können, den die sowjetrussische Delegation der UNO unterbreitet hat. Zwar ist nach einer langen, unerquicklichen Auseinandersetzung schließlich eine Einigung darüber erreicht worden, daß alle Mitgliedstaaten die Zahl ihrer Streitkräfte, im In- wie im Ausland, dem Sicherheitsrat mitteilen sollen. Das wird wertvolle Aufschlüsse über den Grad der Militarisierung liefern, die in den einzelnen Ländern wie in der Welt als Ganzes immer noch oder schon wieder besteht. Hingegen hat dann die

britische Delegation, nach etwelchem Schwanken, den russischen Abrüstungsvorschlag selbst mit einer Schärfe abgelehnt, die bislang nicht erhört war. Ihr Sprecher, der ehrgeizige Sir Hartley Shawcross, der auch in Nürnberg eine Hauptrolle gespielt hat, bezeichnete den russischen Plan geradezu als „Humbug“, als „Betrug, Blendwerk und Hohn“, da er die Aufrechterhaltung des Vetorechtes voraussetze und (angeblich) nur die Atombombe ächten wolle, nicht aber die anderen Massenvernichtungswaffen.

Nun ist es gewiß richtig, daß Abrüstung und Kriegsverhinderung letztlich nur von einer Weltorganisation durchgeführt werden können, die mit unbedingter Befehls- und Zwangsgewalt ausgestattet ist und nicht durch den Einspruch einer einzelnen Macht lahmgelegt werden kann. Aber die Frage ist ja doch eben die, *auf welchem Wege* diese überlegene, autoritative Weltorganisation erreicht werden kann, zu deren Gunsten alle Einzelstaaten auf ihre nationale Souveränität verzichten müßten; mit anderen Worten: auf welche Weise die einzelnen Staaten, vor allem die Großmächte, dazu gebracht werden können, sich bedingungslos den Entschieden der Weltorganisation zu unterwerfen, ohne befürchten zu müssen, durch Mehrheitsbeschlüsse in ihren höchsten Lebensrechten vergewaltigt zu werden. Und einer der Wege zu diesem Ziel ist nun eben — das werden zum mindesten alle Pazifisten zugeben — die *freiwillige* Rüstungsbeschränkung, die die gegenseitige Kriegsfurcht der Großmächte abzuschwächen und das Vertrauen einer jeden von ihnen in die friedlichen Absichten der anderen zu stärken geeignet wäre. Freiwillige Rüstungsbeschränkung — das heißt aber Beratung und Beschlußfassung mit dem Vorbehalt, daß jeder Staat die Möglichkeit hat, eine Vereinbarung abzulehnen, die er als seinen Interessen abträglich erachtet, so wie das übrigens bei allen Vereinbarungen zwischen souveränen Staaten üblich ist, ohne daß man über dieses Vetorecht ein großes Geschrei machte.

Warum wollen England und Amerika von dieser Methode gerade in der Abrüstungsfrage nichts wissen? Warum wollen sie den russischen Antrag nicht einmal als Diskussionsgrundlage annehmen, wobei es ihnen ja völlig freistünde, alle jene Verbesserungen und Erweiterungen des ursprünglichen Antrages zu verfechten, die ihnen nötig scheinen, eingeschlossen die Aechtung auch derjenigen Vernichtungswaffen, die im russischen Text nicht ausdrücklich genannt sind, die aber zweifellos auch im Sinne der Sowjetdelegation von jeder Anwendung ausgeschlossen werden sollen? Der Verdacht ist schwer abzuweisen, daß die Westalliierten mit ihrer studiert schroffen Haltung entweder die Russen zur Preisgabe des Vetorechtes zwingen wollen, bevor diese irgendeine Gewähr gegen eine systematische Ueberstimmung bei der Ausarbeitung der Abrüstungsvereinbarung bekommen haben, oder aber, was wahrscheinlicher ist, daß sie gewisse weltpolitische Stellungen, die nur mit Waffengewalt zu behaupten sind, einfach nicht preisgeben

wollen, also eine radikale Abrüstung selber nicht wünschen, aus Furcht vor kriegerischen Hintergedanken der Sowjetunion, an die sie nun einmal fest glauben. Die Bemerkung von Shawcross, England werde nicht weiter abrüsten, bevor es „vor jedem Angriff aus jedem Wetterwinkel sicher“ sei, deutet auf dieses letzte Motiv hin²⁾).

Amerikas gefährlicher Weg Wie dem aber auch sei: der angelsächsisch-russische Gegensatz kann nicht allzulange in seiner jetzigen Schärfe weiterbestehen oder gar noch zunehmen, ohne daß die Gefahr einer kriegerischen Entladung der Spannung in bedrohliche Nähe rückt. Jeder ernsthafte Versuch, den Gegensatz zwischen den beiden „Blöcken“ zu mildern, muß darum aufs herzlichste begrüßt und auf jede Art unterstützt werden. In der zweiten Hälfte des zu Ende gehenden Jahres sind vornehmlich drei solcher Versuche, jeder in einem der hauptbeteiligten Länder, gemacht worden: der Angriff von Henry Wallace auf die Politik des Außen-, des Kriegs- und des Marineministeriums der Vereinigten Staaten, die „Rebellion“ eines Teiles der *Labourfraktion* im Unterhaus gegen bestimmte Tendenzen der britischen Außenpolitik, und das, was ich hier als Friedensangebot *Stalins* an die Westmächte bezeichnet habe. Alle drei Vorstöße sind mit unzulänglichen Kräften geführt worden und

²⁾ Das war geschrieben, als die Kunde von jener erfreulichen Wendung in den Abrüstungsverhandlungen eintraf, die der ganzen Angelegenheit ein neues Gesicht zu geben geeignet ist. Die russische Abordnung hat danach klargestellt, daß sie das Vetorecht nur für das Stadium der Verhandlungen bis zum Abschluß der Abrüstungskonvention beanspruche, daß sie aber der Meinung beipflichte, die Durchführung der Konvention selber dürfe von keinem Staat behindert werden, der sie unterzeichnet habe. Also Freiwilligkeit für den Abschluß der Konvention, Zwang für ihre Anwendung. Das entspricht dem oben im Text skizzierten Weg und ist eigentlich selbstverständlich. Daß die Russen darüber Klarheit geschaffen haben, erleichtert die Verhandlungen über die Abrüstung, die sonst in eine Sackgasse geraten wären, wesentlich.

Ob die Engländer und Amerikaner nun zufrieden sein werden, ist freilich eine andere Frage. Für sie werden die Russen wohl erst dann aufhören, Störenfriede und Spielverderber, ja der „Weltfeind Nr. 1“ zu sein (dessen Platz seit Hitlers Ausscheiden ja frei ist), wenn sie sich dem System der Pax Anglosaxonica, des *angelsächsischen* Friedens, einfügen, das sie ganz naiv mit der Weltfriedensordnung überhaupt verwechseln. Und dazu dürften die Russen kaum große Lust haben. Sie werden vielmehr wohl darauf bestehen, daß die Amerikaner zuerst auf die Produktion von Atombomben verzichten und ihren Vorrat davon zerstören, *bevor* sie selbst einer Kommission der Vereinten Nationen ihre eigenen, bisher geheimgehaltenen Versuchsanlagen zugänglich machen; denn sich der Gefahr auszusetzen, daß die russischen Geheimnisse um die Atomzertrümmerung und der Standort der russischen Fabriken enthüllt werden, während die Amerikaner bei einem ja von ihnen leicht herbeizuführenden Scheitern der Verhandlungen ihr Geheimnis bewahren dürften, das kann man den Russen kaum zumuten. Nach der Erklärung der Bereitschaft der Russen zur vetolosen Unterwerfung unter eine Abrüstungskonvention liegt es nun also an den Vereinigten Staaten, durch Verzicht auf ihr Atombomben-Monopol das Zustandekommen der Konvention überhaupt zu ermöglichen.

darum schon in den Anfängen stecken geblieben. Aber ihr vorläufiger Mißerfolg verpflichtet nur erst recht zu ihrer Wiederaufnahme mit größerer Wucht und ernsterer Entschlossenheit.

Henry Wallace und seine Gesinnungsfreunde hatten von vornherein bergauf zu kämpfen; denn hinter der neuen amerikanischen Außenpolitik steht ja ein in vollem Wiederaufschwung begriffener, völlig skrupelloser *Kapitalismus* und eine *Reaktion*, die sich seit Roosevelts Tod immer ungehinderter auslebt und bei den Novemberwahlen der Republikanischen Partei einen ganz eindeutigen Sieg über die innerlich gespaltenen und durch Truman diskreditierten Demokraten verschafft hat. Außenpolitisch ist unter dem Druck dieser Strömung ein kommunisten- und russenfeinliches Scharfmachertum aufgekommen, dem sich insbesondere Staatssekretär Byrnes und das von ihm geleitete Politische Departement sowie die Chefs der Wehrmachtstäbe und ein großer Teil des militärischen Führerkorps angeschlossen haben. Durch eine wohl-orchestrierte Propaganda wird dem Volke planmäßig die Ueberzeugung beizubringen versucht, daß die Sowjetunion auf Krieg und Welt-herrschaft ausgehe und nur durch stärksten Gegendruck in Schranken gehalten werden könne. Zwei oder drei aus einer Fülle von Material herausgegriffene Beispiele mögen diese Behauptung belegen.

Einer der ersten amerikanischen Regierungsexperten für internationale Fragen, John Foster *Dulles*, Vertreter der Vereinigten Staaten an der Konferenz von San Francisco, Berater von Staatssekretär Byrnes an verschiedenen diplomatischen Zusammenkünften und Mitglied der amerikanischen Delegation für die UNO, übrigens auch hervorragendes Mitglied des amerikanischen Kirchenbundes, setzt dem riesigen Leserkreis der Wochenschrift „*Life*“ in zwei Aufsätzen auseinander, daß die kommunistische Ideologie die Sowjetunion *zwingt*, den Versuch zur Welteroberung und zur Verdrängung jeder anderen Lebensform als der bolschewistischen zu machen. „Ihr Ziel ist, überall Regierungen zu bekommen, die die Grundlehren der sowjetkommunistischen Partei annehmen, und alles politische und religiöse Denken zu unterdrücken, das diesen Lehren zuwiderläuft. Dadurch würde die Sowjetunion weltweiten Gleichklang erzielen — eine *Pax Sowjetica*.“

Zum gleichen Schluß kommt der frühere amerikanische Gesandte in Moskau, William C. *Bullitt*, in seinem hier schon einmal angeführten weitverbreiteten Buch „*The Great Globe Itself*“: „Die gegenwärtige Außenpolitik der Sowjetregierung beruht auf der militärischen Erwägung, daß es darauf ankommt, Zeit zu gewinnen, um ihre Macht in den großen, neu gewonnenen Gebieten zu befestigen, die sie jetzt beherrscht, westeuropäische Länder durch die Taktik des trojanischen Pferdes von innen heraus zu erobern, ihre eigene Binnenwirtschaft wieder aufzubauen und selbst Atombomben herzustellen, bevor ein Krieg mit den Vereinigten Staaten gewagt werden kann . . . Alle Regierungen außer der Sowjetregierung und den Puppenregierungen ihrer

Trabanten arbeiten heute für den Frieden. Die Sowjetregierung arbeitet für Eroberung.“

Das ist auch die Meinung des in Amerika arbeitenden russischen Ueberläufers Victor *Krawttschenko*, dessen Buch „Ich wählte die Freiheit“ jetzt durch eine rührige Propaganda in zahlreichen Sprachen über die ganze Welt hin verbreitet wird und nächstens in einem neuen katholischen Verlag auch in der Schweiz herauskommen soll. In einem Artikel, den (natürlich) auch die „Basler Nachrichten“ abdruckten, schreibt Krawttschenko: „Stalin sagt in Wirklichkeit das Gegenteil dessen, wofür er arbeitet. Nicht nur glaubt er an die Drohung eines neuen Krieges, sondern er selbst und seine Regierung arbeiten mit äußerster Kraftanstrengung an dessen Vorbereitung, wie es seine Außen- und Innenpolitik bestätigt.“ Und ähnlich liest man es im größten Teil der amerikanischen Presse³⁾.

«Typischer Imperialismus» Während so von Amerika aus der Ruf „Haltet den Dieb!“ über die Welt hin ertönt, betreiben die Vereinigten Staaten selbst in aller Stille eine Macht- und Ausdehnungspolitik, gegen die aller russische „Expansionismus“ das reinste Kinderspiel ist. Vor wenigen Wochen erst hat die Regierung von Washington mit derjenigen von Nanking einen „Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag“ abgeschlossen, der den Vereinigten Staaten *China* auf Gedeih und Verderb ausliefert. „Es ist ein Vertrag“, so stellt der „New Statesman“ fest, „wie ihn der britische Kapitalismus mit Hilfe des südafrikanischen Krieges den Buren aufzwang. Es ist ein Vertrag, wie ihn die Chinesen in verzweifeltem Ringen die ganze Zeit her abzuwehren versuchten, seit vor hundert Jahren vom Westen aus die Durchdringung Chinas begann... Man könnte tatsächlich kein besseres Beispiel von Imperialismus fin-

³⁾ Wie gegenwärtig die Stimmung in Amerika ist, das geht auch aus einem Artikel der „Weltwoche“ hervor, deren Chefredakteur kürzlich von einer Reise durch die Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist. Das Entscheidende, was Herr von Schumacher drüben erlebt habe, das lasse sich — so sagt er — in dem einen Satz zusammenfassen: „Amerika ist fest entschlossen, zu der großen Aufgabe zu stehen, die ihm das Schicksal zugewiesen hat. Diese Aufgabe aber heißt heute: Die *große Vormacht im Kampf gegen den Osten* zu sein.“ Gestern erklärte das Dritte Reich das als seine Kulturmission! Aber diejenigen Kreise, in denen Herr von Schumacher seine Informationen geholt hat, sehen die Sache natürlich so, daß ihr „Kampf gegen den Osten“ nur die Fortsetzung des Kampfes gegen Hitler sei: wie die „Befriedungspolitik“ der Chamberlain und Konsorten gegenüber Hitler zur Katastrophe des zweiten Weltkrieges geführt habe, so müsse die „Befriedungspolitik“ eines Wallace zur Katastrophe eines dritten Krieges führen, wenn man nicht endlich aus den Erfahrungen der Vergangenheit die notwendigen Lehren ziehe. „Das ist eine Ansicht, die heute in den Vereinigten Staaten in all den großen Presseorganen vertreten wird, die wirklich von den weiten Massen des Volkes gelesen werden.“ Daß sie nun auch in der „Weltwoche“ offen vertreten wird, gibt zu denken. Herrn von Schumachers Blatt hat für die jeweilige politische Konjunktur immer einen guten Riecher gehabt.

den, als wie hier eine große und mächtige Nation jede Schutzwehr einer wirtschaftlich unentwickelten Nation niederreißt und so, als Preis für die Unterstützung einer korrupten und reaktionären Regierung im Bürgerkrieg, deren gesamtes Wirtschaftsleben in die Hand bekommt.“ Das Wirtschaftsleben eines Volkes von über 400 Millionen Einwohnern, mit unermesslichen Naturschätzen und einem unerfchöpflichen Reservoir grenzenlos ausbeutbarer Arbeitskräfte!

Aehnliche Verträge suchten die Vereinigten Staaten, wie Unterstaatssekretär Clayton ankündigt, mit anderen, dazu willigen Regierungen abzuschließen. Amerika mache, so erklärte Clayton, „keine altruistischen Beweggründe“ geltend; „die Leistungsfähigkeit unserer Produktion stellt uns vor große Defizite und Ueberschüsse, die wir im Austausch mit der übrigen Welt ausgleichen müssen“. Das typische Verfahren des „Imperialismus als jüngster Etappe des Kapitalismus“!

Um einen „Vertrag“ mit *Japan* brauchen sich die Vereinigten Staaten freilich nicht mehr zu sorgen; das Land der aufgehenden Sonne ist militärisch, politisch und wirtschaftlich bereits völlig in ihrer Hand, und sein gelehriges Volk wird durch alle Mittel moderner Massenaufarbeitung, durch Film, Radio, Presse, aber auch durch Lehrer, Forscher, Missionare und Spezialisten aller Art planmäßig auf die amerikanische „Weltanschauung“ hin dressiert. Strategisch aber gibt die amerikanische Besetzung Japans, wie sich der „New Statesman“ ausdrückt, „General MacArthur einen gewaltigen Flugzeugträger für den Präventivkrieg gegen den Bolschewismus in die Hand, der sein ganzes militärisches Zukunftsdenken beherrscht“.

Die früher von Japan verwalteten *Inselgruppen im Stillen Ozean* — die Marshallinseln, die Marianen, die Karolinen und die Palau-Gruppe — will sich Amerika, nach einer Mitteilung Präsident Trumans, von den Vereinten Nationen als Dauermandat zur ausschließlichen Benützung übertragen lassen. Die *Philippinen* sind trotz äußerlicher Unabhängigkeit ohnehin amerikanisches Herrschaftsobjekt; das gleiche gilt für *Südkorea*, dessen nördlicher Teil unter russischer Herrschaft steht. Kurz, die Vereinigten Staaten sind im Begriffe, sich in Ostasien und im Pazifischen Raum ein Imperium zu schaffen, das an Ausdehnung, Volkszahl und Reichumsquellen seinesgleichen sucht, aber zugleich auch Möglichkeiten für internationale Konflikte in sich birgt, die dem Weltfrieden dereinst gefährlich werden können.

Russische Triebkräfte Oder glaubt man etwa, daß der neuamerikanische Imperialismus auf *Rußland* irgendwie beruhigend wirken könne? Man sagt zwar, die Russen trieben ja ihrerseits imperialistische Politik, dehnten sich planmäßig in fremde Länder hinein aus und bereiteten einen Angriffskrieg gegen den Westen vor, mit dem Ziele der Unterwerfung der übrigen Welt unter die Herrschaft des Kommunismus. Allein das ist doch eine allzusehr ver-

einfachende und im Kern sicher falsche Betrachtungsweise. Zwar glaube ich auch, daß auf die Länge imperialistischer Kapitalismus à l'américaine und diktatorischer Kommunismus à la russe kaum friedlich nebeneinander her leben können; aber *wenn* es zu einem Zusammenstoß der beiden Gesellschaftssysteme käme, dann nicht wegen einer — aus dem Kommunismus, und besonders aus demjenigen Stalinscher Prägung („Sozialismus in *einem* Land“), tatsächlich nicht ableitbaren — kriegerischen Dynamik des Sowjetregimes, sondern aus anderen Gründen, wobei die *wirklich* vorhandenen und in einer schon ziemlich langen Geschichte deutlich erwiesenen Kriegskräfte des *Kapitalismus* wieder eine Hauptrolle spielen dürften. Und *wenn* man schon von einem russischen Imperialismus reden will (ich meinerseits ziehe es vor, den Ausdruck „Imperialismus“ für eine bestimmte Spätform der kapitalistischen, also im Rußland von heute *nicht* bestehenden, Wirtschaftsweise zu reservieren), dann kann man es nur im Sinne jener nationalen Machtpolitik und jenes militärischen Sicherungstrebens tun, die *allen* bisherigen Staatswesen gemein sind, die von den Westmächten längst *vor* dem Aufkommen der Sowjetunion praktiziert wurden und auf die Rußland mit seiner eigenen Macht- und Sicherheitspolitik nur die Antwort gibt. Dies namentlich auch deshalb, weil die nun einmal eben „marxistisch“ denkenden Leiter der Sowjetunion den im Kapitalismus wirkenden Kriegskräften die gleich große Bedeutung zumessen, wie umgekehrt die Vertreter und Anhänger der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung den vermeintlich im Sozialismus und Kommunismus wirkenden Kriegskräften, wobei es für Sozialisten ziemlich klar sein sollte, daß die Kommunistenangst und der Kommunistenhaß der bürgerlichen Welt um so größer sind, je unsicherer sie sich fühlt und je heftiger sie sich dennoch an eine zutiefst erschütterte und moralisch unmöglich gewordene Gesellschaftsform klammert. In der amerikanischen Sozialisten- und Kommunistenpsychose reagiert sich jedenfalls nach meinem bestimmten Eindruck in der Hauptsache das Gefühl ab, daß es trotz aller kapitalistischen Scheinkonjunktur im Grunde mit dem Mammonismus auch in seinem klassischen Betätigungslande aus sei; und der Wille, die alte Ordnung dennoch um jeden Preis aufrechtzuerhalten, kehrt sich dann eben in dumpfer Erbitterung vor allem wider jenes Land, in dem sich eine neue Ordnung bisher am radikalsten und brutalsten durchgesetzt hat. Diesen inneren Zusammenhang der Dinge versteht man eben auch in der Sowjetunion nur zu gut; darum das stete Gefäßtsein auf einen letzten großen Schlag, zu dem das kapitalistische Ausland gegen das „sozialistische Vaterland“ ausholen könnte⁴⁾.

Bei der Sicherung gegen diese Gefahr, die keineswegs bloß eingebil-

⁴⁾ Wenn durch irgend ein Wunder plötzlich alle aus kapitalistischen Besitz- und Profitinteressen herftammenden Propagandaeinflüsse aus der internationalen Diskussion um Sowjetrußland ausgeschaltet würden, würde dann nicht die Weltlage sofort ein völlig neues Gesicht bekommen? Sollten darum nicht wenigstens *wir*,

det ist, gebraucht nun allerdings die Sowjetunion die gleichen Mittel, die seit undenklichen Zeiten zum eisernen Bestand *aller* Machtpolitik gehören, und in deren Anwendung ihr die älteren Weltreiche so erfolgreiche Lehrmeister gewesen sind: militärische Rüstungen, Anlage strategischer Stützpunkte, Besetzung und Beherrschung dem Mutterland vorgelagerter Gebiete, Gewinnung von Rohstofflagern usw. Das empfinden die „glücklichen Besitzenden“, die ein Monopol auf solche Praktiken zu haben glauben, natürlich als empörende Frechheit und höchst unlauteren Wettbewerb; aber was der Engländer G. D. H. Cole, der immerhin Professor in Oxford ist, in seiner Schrift über die Außenpolitik der Labourregierung seinen Landsleuten in bezug auf die russische Konkurrenz in Vorderasien zu bedenken gibt, das gilt für die Beurteilung der russischen Außenpolitik ganz allgemein:

„Manche Leute reden und schreiben so, als wäre es von seiten der Sowjetunion eine besondere Verruchtheit, ein tätiges Interesse für die Fragen dieser Gegenden zu bekunden, und als wären diese Angelegenheiten ein besonderes Reservat Englands. Es ist indessen offenkundig unmöglich, sie so anzusehen oder zu leugnen, daß die Sowjetunion, die stark mohammedanische Gebiete in sich schließt, die an den Oelvorkommen ebenso interessiert ist wie wir oder die Amerikaner und auf einen Seeweg ins Mittelmeer ebensoehr angewiesen ist wie wir auf die Verbindung mit Indien und dem Osten, für die Lösung dieser Fragen eine unmittelbare Teilnahme zeigen *muß*. Es liegt nicht mehr ‚Verruchtheit‘ darin, wenn die Sowjetunion ein Mandat über früher italienisches Gebiet erstrebt, als wenn wir unsere Herrschaft über den Sudan behaupten, und wenn auch die Sowjetunion anscheinend, nach dem Buchstaben ihrer Verpflichtungen, auf einem Fehltritt ertappt worden ist, so haben doch die Einwohner von Persisch-Aferbeidschan mit denen von Sowjet-Aferbeidschan unleugbar mehr gemein als mit der gegenwärtigen Herrenklasse in Iran. Darüber hinaus ist es widersinnig, über die Lage in diesem Gebiet auf Grund rein formaljuristischer Erwägungen ein Urteil zu fällen, als ob nicht das Petrol die Haltung aller Streitparteien aufs stärkste beeinflusste . . . In Bezug auf die Türkei und die Meerengen erscheint es mir klar, daß die Sowjetunion unter allen Umständen ebensoviel Bewegungsfreiheit genießen sollte wie Großbritannien im Verkehr durch die Straße von Gibraltar oder den Suezkanal, und daß jeder Versuch, die Russen aus dem östlichen Mittelmeer auszusperren oder ihnen Einfluß auf die Regelung dieser Probleme zu verweigern, einfach unvereinbar ist mit dem Bekenntnis zu dem Ziel, auf der Grundlage einer weltumfassenden Zusammenarbeit ein gutes Völkerverhältnis aufzubauen.“

Beginnende Wendung? In der Tat: Vom Standpunkt der herkömmlichen Macht- und Sicherungspolitik aus kann der Sowjetunion zum mindesten kein größerer Vorwurf gemacht werden, als er auch Großbritannien und den Vereinigten Staaten gegenüber erhoben werden muß. Was wir ihr vorwerfen müssen, das ist vielmehr, daß sie diese Politik betreibt, obwohl sie ein *sozialistischer* Staat sein will, der seinem Wesen nach auf *kollektive*

die wir keine kapitalistischen Interessen zu vertreten haben, uns Mühe geben, die Sowjetunion so anzusehen, *als ob* ihr Bild nicht von einer durch tausend Kanäle die Welt überschwemmenden Zweckpropaganda verfälscht und entstellt wäre?

Existenzsicherung ausgehen sollte., statt den durchaus kapitalistischer Denkweise entsprechenden individuell-nationalen Konkurrenzkampf um Macht und Einfluß mitzumachen, auch wenn bei der Sowjetunion die aus dem Kapitalismus stammenden Antriebe zu Ausdehnung und Kolonisierung wegfallen. Und was wir von jedem Lande, das sich dem Sozialismus zuwendet, verlangen müssen, das verlangen wir auch von der Sowjetunion: daß ihre Außenpolitik im Geist internationaler Zusammenarbeit und mit dem Willen zum Ausbau einer verpflichtenden Völkerrechtsordnung geführt werde — trotz der Bedrohung, der sie sich mit viel Grund von seiten der kapitalistisch-imperialistischen Welt ausgesetzt fühlt, ja gerade *weil* auf dem Boden der internationalen Anarchie, der Machtkonkurrenz und der nationalen Selbsthilfe nur ein neuer kriegerischer Zusammenstoß zu gewärtigen ist, bei dem ja, angesichts der Umwälzung der Kriegstechnik, alle üblichen militärisch-politischen Sicherungen ohnehin versagen müßten.

Eine solche Wendung der russischen Politik wird freilich durch die Tatsache erschwert, daß Rußland eben ein *Diktaturstaat* ist, in dem keine aus dem Volk heraus kommende Opposition eine Kursänderung erzwingen kann, und daß darum jede politische Neuorientierung von der *Spitze*, von der Staatsführung selber, ausgehen muß. Zusammen mit der Verhinderung des freien Austausches von Informationen zwischen Rußland und der übrigen Welt⁵⁾ ist dies wohl die größte Schwäche (und Versuchung!) des Sowjetregimes bei der Behandlung weltpolitischer Fragen, wenn es auf der andern Seite auch der Staatsführung wieder mehr Bewegungsfreiheit und mehr Unabhängigkeit von der öffentlichen Meinung geben mag, auf die in mehr oder weniger demokratischen Ländern die Regierung gerade in Fragen der Außenpolitik stets Rücksicht zu nehmen hat. Es hatte auf alle Fälle etwas zu sagen, wenn *Stalin*, der immer noch der leitende Mann in Rußland zu sein scheint, in wiederholten öffentlichen Kundgebungen einen ausgesprochenen Willen zu besserer Zusammenarbeit mit den Westmächten bekundete und alle Kriegsprophezeiungen kategorisch ins Reich der Fabel verwies — wider besseres Wissen, möchte man fast sagen. Und der „Socialist Commentary“, die vorzügliche Monatschrift eines sehr selbständig urteilenden Kreises englischer Sozialisten, hat gewiß recht, wenn er — in Uebereinstimmung mit der Auffassung, die wir selbst hier vertreten haben — meint, daß Rußland, dessen beide Hauptziele Sicherheit und Wiederaufbau seien, auf Jahre hinaus jeden Krieg fürchten *müsse*.

⁵⁾ Es sei nicht unterlassen festzustellen, daß die im Novemberheft erwähnte Behauptung des Labourabgeordneten Pritt, man sei in der Sowjetunion über das Ausland vorzüglich unterrichtet, von dem früheren Moskauer Korrespondenten des „News Chronicle“, Paul Winterton, heftig bestritten wird. Das russische Volk sei im allgemeinen über die Zustände und Vorgänge im Ausland schlecht und falsch unterrichtet.

Dies nicht allein, weil es noch keine Atombomben habe, sondern auch weil es durch das Ringen mit Hitler so furchtbar erschöpft sei wie kaum ein anderes Land und sich ohne ausländische Hilfe schwer erholen könne; weil ferner die russenfeindliche Strömung in Westeuropa und Amerika, zum Teil durch eigene Schuld der Russen, noch immer zunehme und zusammen mit dem Erstarken der reaktionären Kräfte in aller Welt eine wirkliche Gefahr für Rußland bilde. Den Westmächten, und besonders Großbritannien, biete sich damit eine neue Chance, zu einer Verständigung mit Rußland zu kommen; denn wenn auch die Sowjetunion natürlich ein von Kommunisten beherrschtes Europa einem sozialdemokratisch orientierten vorziehe, so werde sie doch zur Zusammenarbeit mit den Sozialisten bereit sein, wenn ihr sonst eben ein reaktionäres Europa winke, dem gegenüber sie sich in Osteuropa nur auf verhältnismäßig schwache kommunistische Kräfte stützen könne. „Es ist darum möglich, daß sich Stalin entschließt, auf eine zweite Verteidigungslinie zurückzufallen, mit anderen Worten: daß er eine Neuorientierung ins Auge faßt, die Sozialisten und Kommunisten zu einer gewissen Zusammenarbeit für die Abwehr der reaktionären Kräfte und zur Förderung wirtschaftlicher Veränderungen im sozialistischen Sinne veranlassen könnten.“ Stellt das Einlenken der Russen in verschiedenen umstrittenen, mit den Friedensverträgen zusammenhängenden Fragen (Triest!) und der Abrüstungsantrag der Sowjetdelegation an die Generalversammlung der Vereinten Nationen bereits den Anfang zu einer Neuorientierung dar? Man muß es hoffen — und zugleich wünschen, daß die Wendung noch viel deutlicher zum Ausdruck komme, als dies bis anhin der Fall ist.

Das Wort hat England Was der „Socialist Commentary“ mit feiner Bemerkung meint, die Westmächte, und besonders England, hätten jetzt eine neue Chance, um in ein besseres Verhältnis zu Rußland zu kommen, das hat noch viel bestimmter die berühmte *Labouropposition* ausgesprochen, deren Vorstoß bei Gelegenheit der Antwort auf die jüngste Thronrede — das Regierungsprogramm für die neue Parlamentstagung — so sensationell gewirkt hat. Ich habe in der November-Rundschau noch rasch sagen können, daß dieser Vorstoß für die Regierung Attlee-Bevin ganz ungefährlich sei, und seine unmittelbare Wirkung, ausgedrückt in den Abstimmungszahlen, war denn auch gleich null. Aber dieses scheinbare Verlangen einer großaufgezogenen Aktion (über das sich alle Befürworter eines scharfen Draufgehens gegen Rußland so gefreut haben), täuscht natürlich nicht über die weittragende symptomatische Bedeutung der Schilderhebung der „backbenchers“, der „Hinterassen“ in den Reihen der Labourfraktion, hinweg. In diesen meist jüngeren Abgeordneten verkörpert sich besonders stark der sozialistische Wille desjenigen England, das die Labourpartei, zum eigenen Erstaunen der älteren

Führergeneration, im Sommer 1945 zur Macht emporgetragen hat, und das seither, wenigstens was die Außenpolitik der Labourregierung betrifft, von einer Enttäufchung in die andere gefallen ist.

Wie könnte es auch anders sein, angesichts des immer wieder zum Protest herausfordernden übermächtigen Einflusses, den die Labourregierung den konservativ-imperialistischen Kräften Großbritanniens einräumt, angesichts der wachsenden Abhängigkeit vom amerikanischen Kapitalismus und Expansionismus, in die England spätestens seit Churchills Rede von Fulton geraten ist, und angesichts der fixen Idee von der kommunistischen Weltgefahr, die sich auch in den Köpfen der maßgebenden Labourminister festgesetzt und zu einer förmlichen Eingliederung Großbritanniens in das gewaltige System der Rüstungs- und Stützpunktpolitik der amerikanischen Wehrmachtchefs geführt hat, mit der Aussicht namentlich, daß das englische Mutterland einfach zum amerikanischen Sprungbrett und Flugzeugträger gegen Europa wird?⁶⁾ Demgegenüber ist die These der Regierungskritiker — mit den Worten des ihnen nahestehenden „New Statesman“ —, „daß kein Grund zu der Annahme vorliegt, Rußland werde einen größeren Krieg anfangen in einer Zeit, da Amerika die einzige Macht ist, die einen solchen führen könnte; daß unsere Anlehnung an Amerika, mit dem Zweck Europa vor der Roten Armee zu schützen, eines der Haupthindernisse für eine englisch-russische Verständigung ist, und schließlich, daß ein enges britisch-amerikanisches Kompagniegeschäft das Anwachsen der äußersten Rechten und der äußersten Linken in Europa begünstigt, zum Schaden der sozialistischen und Mittelparteien“. Was alles nur zu wahr ist.

Großbritannien, das seine Stellung als Großmacht ersten Ranges verloren hat (zu seinem Glück!), nimmt darum heute gleichwohl eine geradezu entscheidende Position, eine sozusagen providentielle Schlüsselposition, in der Weltpolitik ein. Auf seinen Schultern ruht in erster Linie die Verantwortung dafür, daß — bis zu einem gewissen Grade im Sinne seiner überlieferten Gleichgewichtspolitik, aber darüber hinaus im Geiste seiner sozialistisch-demokratischen Verpflich-

⁶⁾ Der Londoner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ spricht schönerfärberisch und verhüllend davon, es habe sich „zwischen den angelsächsischen Mächten eine Zusammenarbeit strategischer Natur herausgebildet, die sie in eine besondere Kategorie erhebt“. Die Kategorie ist allerdings sehr besonderer Art! Im gewöhnlichen Sprachgebrauch würde man dieser „Zusammenarbeit“ etwa Militärallianz sagen; da man es aber vorläufig für unzweckmäßig hält, dieses häßliche Wort in den Mund zu nehmen, und der Widerstand gegen eine solche förmliche Bindung auf beiden Seiten des Ozeans zu groß wäre, redet man bisher nur von einer „Verständigung der Generalstäbe“, von einer „strategischen Arbeitsteilung“ und einer „technischen Vereinheitlichung der Kriegsproduktion der beiden Armeen.“ England hat es ohnehin nie geliebt, feste außenpolitische Verpflichtungen einzugehen (was Allianzen tatsächlicher Art natürlich keineswegs ausgeschlossen hat), und in den Vereinigten Staaten ist die isolationistische Ueberlieferung auch noch recht lebendig.

tung — das in Bildung begriffene, von hochkapitalistischen Kräften geschwellte amerikanische Riesenimperium nicht allmächtig wird, daß der gefürchtete kriegerische Zusammenprall des amerikanischen Kapitalismus mit dem sowjetrussischen Kommunismus nicht zur Tatsache wird und daß sich die Vereinten Nationen aus dem bloßen Mächte-zweckverband, der sie jetzt sind, zu der Weltfriedensorganisation entwickeln, die ihre Bestimmung ist.

Jenseits des Imperialismus Damit ist bereits gesagt, daß die Wendung zum Guten in der Weltpolitik, die wir erwarten, nicht einfach, ja nicht einmal in erster Linie, von einer Neuorientierung der russischen Außenpolitik abhängt; so sehr diese zu wünschen ist. Gewiß hat die Sowjetunion durch ihr unbekümmertes Machtsicherungsstreben und durch ihre brüskten Verhandlungsmanieren wie durch das ganze Auftreten ihrer Armeen und Besetzungsbehörden in Mitteleuropa viel moralisches Kapital vertan, das sie sich während des Krieges erworben hatte, und nicht wenig dazu beigetragen, England in die Arme Amerikas zu treiben, und wenn ihre Leiter aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahre zu lernen vermögen, dann tun sie von jetzt an alles, was mithelfen kann, diese verhängnisvolle Partnerschaft zu lockern — sofern das überhaupt noch möglich ist. Allein ganz unabhängig davon wird es Großbritannien nicht erspart bleiben, von sich aus die stärksten Anstrengungen zu machen, um mit seiner traditionell-konservativen Außenpolitik zu brechen und über seinen Imperialismus hinauszukommen, der in demjenigen Amerikas seine natürliche Stütze sieht.

Ein wirklicher Anfang dazu ist in diesem Jahre auch gemacht worden mit der grundsätzlichen Freigabe *Indiens* und der Bildung einer vorläufigen indischen Nationalregierung. Das bleibt etwas Großes und Verheißungsvolles auch dann, wenn man sich darüber klar ist, daß von der politischen Unabhängigkeit der indischen Völker noch ein weiter Weg ist zu ihrer *wirtschaftlichen* Unabhängigkeit vom britischen und vom — indischen Kapitalismus. Nun ist freilich, in blutiger Gestalt sogar, der alte, böse Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern seither neu aufgeflammt; vorab durch Schuld der Moslemliga, deren Zusammenarbeit mit der Kongreßpartei gar nie ernst gemeint war, droht die Tätigkeit der Nationalregierung und der Nationalversammlung überhaupt lahmgelegt zu werden, und die britische Regierung, die soeben einen letzten, erfolglos gebliebenen Versuch gemacht hat, die beiden Gegner auszuföhnen, sieht sich neuerdings in einer außerordentlich heiklen Lage, aus der herauszukommen der größten staatsmännischen Kunst bedarf. Möge sie sich dennoch nicht abschrecken lassen, auch für die Völker von *Hinterindien*, *Malaya*, *Ceylon*, ja auch für die schwarzen Bewohner der britischen Kolonien in *Afrika*, die Gewährung politischer Unabhängigkeit fest ins Auge zu fassen, so

notwendig es auch werden mag, hier immer nur schrittweise vorzugehen. Die Zeit des Kolonialismus und der Ausbeutung der farbigen Völker durch die weißen muß ihr Ende finden!

Hat man das auch in *Holland* begriffen? Das Abkommen zwischen Generalgouverneur van Mook und Dr. Sharir ist ein hoffnungsvoll stimmendes Anzeichen dafür; wenn es ratifiziert wird, anerkennt Holland damit in aller Form die Indonesische Republik (mit Java, Sumatra, Madura und einigen kleineren Inseln) unter dem Namen der Vereinigten Staaten von Indonesien, während die Indonesier damit einverstanden sind, daß der Rest von Holländisch-Indien zusammen mit der bisherigen Indonesischen Republik einen neuen Bundesstaat, genannt „Holländisch-Indonesische Union“, unter der Oberhoheit der holländischen Krone bilden soll. Die Frage ist aber noch durchaus offen, *ob* dieses Abkommen ratifiziert wird. In Holland scheint der Widerstand dagegen außerordentlich stark zu sein, so daß es keineswegs ausgeschlossen ist, daß der Kampf in Indonesien aufs neue ausbricht.

Englands Rückzug aus *Aegypten* ist inzwischen in vollem Gang, ja fast schon abgeschlossen. Doch geht den ägyptischen Nationalisten, die wieder in leidenschaftlicher Bewegung sind, die Gewinnung der Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft immer noch viel zu langsam; sie wollen außerdem nichts davon wissen, daß im Falle kriegsrischer Verwicklungen Aegypten den Engländern neuerdings als Operationsbasis zur Verfügung stehen sollte, und auch in bezug auf den Sudan, dessen Annexion sie sich in den Kopf gesetzt haben, bleiben sie unnachgiebig, Selbstbestimmungsrecht der Nationen hin oder her. In London meinte man, durch eine Verständigung mit dem alten Reaktionär Sidky Pascha aus dieser Situation herauszukommen, den üblichen Fehler der britischen Kolonialpolitik wiederholend, daß man nur die jeweilige Oberschicht für sich zu gewinnen brauche, um „Frieden“ mit einem Lande zu bekommen. Gerade während ich schreibe kommt nun aber die Meldung vom Rücktritt Sidky Paschas und seiner Regierung, hinter der ja nur eine Minderheit des Parlamentes stand. So wird nun also wieder die Wafd-Partei die Führung übernehmen, die einen sehr radikalen Nationalismus vertritt und mit der England nicht so leicht zu Gang kommen wird; aber *wenn* es dann mit ihr ein Abkommen getroffen haben wird, so wird die Verständigung dafür auch um so haltbarer sein. (Nebenbei: Es ist interessant, wie vorurteilslos die *britische* Regierung mit feudal-kapitalistischen Minderheitsregierungen des Auslandes verkehrt. Mit einem Sidky Pascha, einem Franco, einem Tsaldaris versteht sie sich vortrefflich; wehe aber, wenn der Verhandlungspartner eine *kommunistische* Minderheitsregierung ist — da gibt es strenge Ermahnungen zur Demokratie und Drohungen mit dem Abbruch der Beziehungen, wie im Falle Rumäniens, Bulgariens und Polens...)

In *Palästina* hat sich die Lage während dieses Jahres ausgesprochen verschlechtert, und man scheint von einer Verständigung weiter entfernt zu sein als je. Die Verhandlungen darüber werden erst im Januar wieder aufgenommen werden, nachdem der Zionistenkongress in Basel abgeschlossen sein wird, und ich möchte mir eine Erörterung der Palästinafrage auch darum für ein anderes Mal aufsparen, heute nur zwei kurze Bemerkungen anbringend oder wiederholend: Erstens, daß sich eine *Gesamtvereinigung* der vorderasiatischen Lage immer stärker aufdrängt, auf dem Boden einer politisch-wirtschaftlichen Reorganisation des ganzen nahen und mittleren Ostens und mit Internationalisierung des Suezkanals sowie der „Landbrücke“ nach Indien, also mit gleichberechtigter Teilnahme der Sowjetunion an der Erschließung und Verwaltung dieses ganzen Gebietes, und zweitens, daß man Professor Cole nicht unrecht geben kann, wenn er in der erwähnten Schrift über „Labours Außenpolitik“ sagt: „Die einzige Hoffnung der Juden in Palästina ist eine Beilegung der Streitigkeiten und die Schaffung wirklich freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Westeuropa. Es ist von den Juden in England unfinnig, wenn auch noch so entschuldigbar, Hoffnungen zu hegen, die sich auf eine Ueberschätzung der britischen Macht gründen, und je eher sie sich darüber klar werden, um so besser werden ihre Aussichten sein, ihren notleidenden Brüdern in Europa wirkliche Hilfe zu bringen.“ Auf jeden Fall: Auch die Palästinafrage wird nur im Rahmen einer Politik gelöst werden, die über allen Imperialismus und Kolonialismus hinausführt.

Blick auf Amerika Daß mindestens England über den Imperialismus rasch hinauswachsen wird, ist keine unbegründete Annahme. Die Hoffnung darauf stützt sich nicht allein auf die moralischen Kräfte, die in den angelfächsischen Nationen wirken und die das Empire in folgerichtiger Entwicklung immer mehr zum Commonwealth, zur demokratischen Völkergemeinschaft, umwandeln; sie stützt sich auch auf sehr „realpolitische“ Erwägungen und Notwendigkeiten. Auf der einen Seite ist Großbritannien je länger je weniger imstande, mit *eigenen militärischen Kräften* seine alten Machtstellungen aufrechtzuerhalten; der von der Labourregierung jetzt gemachte Versuch, durch dauernde Beibehaltung einer Wehrpflicht von 18 Monaten diese Stellungen — mit amerikanischer Hilfe allerdings — trotzdem zu behaupten, wird an den dringlichen Bedürfnissen der englischen Wirtschaft nach vermehrten Arbeitskräften ziemlich sicher scheitern. Auf der andern Seite wird es für Großbritannien und seine sozialistische Regierung geradezu eine Pflicht einfachster Selbsterhaltung, sich rechtzeitig gegen die Rückwirkungen des zu erwartenden *amerikanischen Wirtschaftszusammenbruches* zu sichern und damit auch vom amerikanischen Imperialismus etwas deutlicher Abstand zu nehmen

als bisher, was wiederum die eigenen imperialistischen Tendenzen zu zügeln nötig machen wird.

Noch ist freilich die neue Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten in voller Entfaltung begriffen, und in übermütigem Kraftbewußtsein stürmt der amerikanische Kapitalismus den überall lockenden Gewinnaussichten fessellos entgegen. Aber gerade daß sich die amerikanische Wirtschaft der Bremsen und Steuerungen, die der New Deal und nachher die Kriegsnotwendigkeiten ihr angelegt hatten, mehr und mehr entledigt, wird dazu beitragen, daß ihre Fahrt, früher oder später, nur um so gewisser am gleichen Orte landen wird, wo auch die Prosperity nach dem ersten Weltkrieg geendet hat: im Abgrund einer wohl katastrophaleren Krise. Einstweilen sind schon die *Arbeitskämpfe*, die seit etwa einem Jahre in nicht abreißender Kette einen Wirtschaftszweig nach dem anderen erschüttern, ein Zeichen für den ungesunden Zustand, in dem sich der amerikanische Gesellschaftskörper befindet. Es wäre nun zwar gewiß unrichtig, all diese zahllosen Streikbewegungen — von ihrer Massenhaftigkeit bekommt man erst in Amerika selber einen lebendigen Eindruck — von vornherein und unbesehen als sachlich notwendig zu erklären. Der große Eisenbahnerstreik von Ende Mai dieses Jahres zum Beispiel war auf recht unglückliche Weise ausgelöst worden, und mit etwas Beweglichkeit und Weitblick hätten die im übrigen höchst konservativen und respektablen Führer der betreffenden Brotherhoods (wie sich die Eisenbahnverbände drüben nennen) es unschwer vermeiden können, von den Bahngesellschaften in den Streik direkt hineinmanövriert zu werden; auf jeden Fall bekam die soziale Reaktion dadurch den längst gesuchten Anlaß zu einer wütenden Hetze gegen die ganze Gewerkschaftsgesetzgebung und zu einem gesetzgeberischen Vorstoß gegen das aus Roosevelts Zeit stammende neue Gewerkschaftsrecht, einem Vorstoß, der um ein Haar zum Ziele geführt hätte. Und es steht sehr zu befürchten, daß der nun mit einer unverhüllten Kapitulation der Gewerkschaftsleitung abgeschlossene Bergarbeiterstreik — der zweite schon in diesem Jahr —, der inzwischen durch den republikanischen Wahlsieg so sehr gestärkten Reaktion erst recht Mut geben wird, das verhaßte Wagner-Gesetz nach rückwärts zu revidieren, etwa im Sinne der Case-Bill, einer Vorlage, die beide Häuser der Bundesversammlung im vergangenen Frühjahr bereits angenommen hatten und die nur durch Trumans Veto nicht Gesetz geworden ist.

John Lewis, der von seinen Leuten (bisher) fast als Heiland verehrte Präsident der Bergarbeiter, dieser brutale, wankelmütige Nur-Gewerkschafter, der übrigens politisch zu den Republikanern hält und Roosevelt tödlich haßte, erweist sich trotz all seinen Erfolgen eben doch mehr und mehr als ein Schädling der amerikanischen Arbeiterbewegung, dessen Ausschaltung der Gewerkschaftsfrage und dem Kampf gegen die kapitalistische Diktatur nur nützlich wäre. Davon abgesehen

kann es aber keinem Zweifel unterliegen, daß die namentlich seit der fast völligen Aufhebung der Preiskontrolle sprunghaft wachsende Teuerung die Arbeiter zum Kampf um ihr Lebensrecht einfach zwingt, und daß das Unternehmertum den Arbeiterforderungen nicht aus wirtschaftlichem Unvermögen Widerstand leistet (seine Gewinne sind seit Kriegsende noch höher als zuvor), sondern weil es die Gewerkschaftsbewegung als solche schwächen und zurückwerfen will, sind doch dank dem Wagner-Gesetz und dem Krieg heute dreimal soviel amerikanische Arbeiter organisiert als vor zehn Jahren, ein Aufschwung, der in einer nächsten Wirtschaftskrise den Gewerkschaften eine ganz andere Stellung anweisen wird, als sie sie bei Ausbruch der Krise von 1929 hatten. Notwendig wäre allerdings, daß die heute eigentlich ziemlich gegenstandslos gewordene Spaltung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung — hier der alte Gewerkschaftsbund, dort der moderne, radikalere Verband der Industrieorganisationen (C. I. O.), und daneben noch die unabhängigen Verbände, wie diejenigen der Eisenbahner, die keiner Spitzenorganisation angeschlossen sind, ja nicht einmal einen eigenen Einheitsverband haben —, daß diese Spaltung überwunden und der in geschlossener Front anstürmenden sozialen Reaktion die ebenso geeinigte Macht der organisierten Arbeit entgegengesetzt werden könnte, als Voraussetzung für jeden planmäßigen Kampf um eine soziale Demokratie, wie er nach dem Verlagen von Roosevelts New Deal und angesichts des immer unheimlicher werdenden kapitalistischen Chaos ja doch unausweichlich werden wird.

Für ein sozialistisches Westeuropa

Eine Ueberwindung des amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus von innen her, durch eine zielklare soziale oder gar sozialistische Bewegung, steht freilich noch in weiter Ferne. Um so notwendiger ist der Kampf für den durchaus im Bereiche des Möglichen liegenden Durchbruch der sozialistischen Demokratie in *West- und Mitteleuropa*, ist die Organisierung — nicht etwa eines irgendwie militärisch untermauerten „Westblocks“, sondern einer westeuropäischen Staatengemeinschaft, deren Wirtschaftspolitik und gesellschaftliches Gefüge, im Rahmen der Vereinten Nationen, nach den Grundsätzen eines *freiheitlichen Sozialismus* ausgerichtet wäre. Dieser Gedanke, dem auch hier immer wieder Ausdruck gegeben wurde, ist neuerdings mit besonderer Eindringlichkeit in der nun wiederholt angeführten Arbeit von Cole entwickelt worden, der in seiner Verwirklichung mit Recht eine entscheidende Vorbedingung für eine fruchtbare Zusammenarbeit des demokratischen Westens mit dem sozialistischen Osten sieht.

„Die gegenwärtige Haltung der Sowjetunion“, so stellt Cole fest, „beruht auf der Furcht vor einem Angriff seitens der vereinigten Kräfte des Weltkapitalismus — zu denen sie auch die Länder rechnet, wo die Sozialdemokratie oder der

liberale Sozialismus am Ruder ist, weil diese Länder ihre Grundstruktur noch keineswegs geändert hätten (ähnlich wie wir, nebenbei gesagt, geneigt sind, eine nahe Verwandtschaft zwischen der zaristischen und der sowjetischen Außenpolitik zu sehen). Wir in Westeuropa können diesen Argwohn überwinden, wenn wir es über jeden Zweifel hinaus klar machen, daß wir nicht als die Verbündeten des amerikanischen Kapitalismus oder als Sachwalter irgend eines eigenständigen Kapitalismus auftreten, sondern uns für den Sozialismus einsetzen — für den freiheitlichen Sozialismus, der die dem 20. Jahrhundert gemäße Form unserer evolutionären Lebensgestaltung ist. Wenn wir dafür in Wahrheit einstehen, dann werden die Leiter der Sowjetunion auf die Länge anerkennen *müssen*, daß dem tatsächlich so ist, und ihr Verhalten dementsprechend einrichten. *Aber wir dürfen nicht erwarten, daß sie es anerkennen, solange wir nicht damit ernst machen, und wir machen damit eben noch keineswegs im vollen Sinne ernst.*“

Jeder Blick auf die Lage in Westeuropa bestätigt diese Feststellung. *Großbritannien*, das ist wahr, ist auf dem Wege zum Sozialismus, und vom Gelingen der wirtschaftlichen Umwälzung, an der die Labourbewegung arbeitet, hängt das Schickal der demokratischen Sache in Westeuropa in höchstem Maße ab. Auch in den beiden Dominien *Australien* und *Neuseeland* haben die vor kurzem vorgenommenen Parlamentswahlen die Stellung der regierenden Labourpartei sichtlich gestärkt und — trotz dem etwas robusten Reformismus, dem man im fünften Erdteil huldigt — auch die sozialistische Demokratie als Ganzes gefestigt. Wenn der Labour-Sozialismus durch eines bedroht ist, so durch den kurzatmigen, ängstlichen Antikommunismus des Großteils seiner Führer, der in der Außenpolitik so unheilvoll wirkt, der aber mehr und mehr auch auf die Innenpolitik abfärbt und das Bürgertum bereits zu den kühnsten Hoffnungen auf Abschwörung der „marxistischen Dogmen“ — worunter in diesem Fall der Sozialismus selber zu verstehen ist — durch die Labourpartei verleitet.

Aehnliches trifft für die sozialistischen Parteien *Skandinaviens*, *Hollands*, *Belgiens* und insbesondere *Frankreichs* zu, dessen Sozialistische Partei zwischen den bürgerlichen Mittelgruppen und den Kommunisten haltlos hin und her schwankt und darum sozusagen von Wahl zu Wahl an Einfluß verliert (zwischen dem 10. und dem 24. November hat sie allein in Paris und Umgebung 50 000 Stimmen eingebüßt, in ganz Frankreich 250 000). Daß bei einer derartigen inneren Unsicherheit die Sammlung aller sozialistischen Kräfte — von den Kommunisten bis tief in die Reihen der Republikanischen Volksbewegung hinein — zu einer Koalition, die leicht die Volksmehrheit hinter sich brächte, unmöglich ist und der Weg für eine bürgerlich-konservative Restauration immer freier wird, das liegt auf der Hand. In *Italien* liegen die Dinge im Grunde nicht viel anders; der Neufaschismus des Uomo Qualunque, der „Liberalismus“ der rechtsbürgerlichen Gruppen und der Antimarxismus der Christlichen Demokraten hätten keinerlei Aussicht, sich zu einer Wiederaufrichtung des alten Regimes zu verbünden, wenn ihnen ein fester Block der beiden Linksparteien gegenüberträte, dessen Zustandekommen aber solange ausgeschlossen

ist, als die Sozialisten in eine ganze Reihe auseinanderstrebender Richtungen zerfallen sind⁷⁾).

Die Kommunismusfrage Es ist namentlich immer wieder die Frage nach der rechten Stellung zum Kommunismus und zur Sowjetunion, die den demokratischen Sozialismus verwirrt und schwächt, sei es nun, daß sich die Auseinandersetzung mehr auf innerpolitischem Boden bewegt, sei es daß von der Außenpolitik her, in bezug auf den Rußlandkurs der Departemente Byrnes und Bevin, Zwietracht in die sozialistischen Reihen kommt. Worin alle Sozialisten westlicher Prägung einig sind, das ist die unbedingte Wertschätzung des großen Erbes freiheitlicher Kultur, das dem heutigen Geschlecht zur Weitergabe an die kommenden Generationen anvertraut ist, mit den persönlichen Menschenrechten und den politischen Volksrechten als entscheidendem Zentrum. Aber nun bekunden unter dem Eindruck des Faschismus-Erlebnisses viele Sozialisten die Neigung — die bei den bürgerlichen Liberalen natürlich noch viel ausgeprägter ist —, die Freiheitsforderung aus ihrem Zusammenhang mit der Gesamtheit der gesellschaftlichen Zielfsetzung herauszunehmen, sie gewissermaßen abstrakt, losgelöst von ihren klassenmäßigen Belastungen und geschichtlichen Verwirklichungsformen, zu sehen und sie auch in der jetzigen Zeitlage so sehr in den Vordergrund zu stellen, ja fast zu isolieren, daß darob die Gerechtigkeitsforderung, der Sozialismus, ungebührlich in den Hintergrund gedrängt und abgeschwächt wird, ja beinahe als nebensächlich erscheint.

Aehnlich wie die bürgerlichen Liberalen vom Typus Röpke im Namen der Freiheit den Sozialismus als Ganzes aufs heftigste ablehnen, so lehnen diese sozialistischen Liberalen wegen des Diktaturcharakters des Sowjetregimes das heutige Rußland als Ganzes ab und sprechen ihm auch jeden *sozialistischen* Charakter des entschiedensten ab. Und wie die bürgerlichen Liberalen die Tatsache verkennen, daß die politische Freiheit heute nur noch auf dem Boden des Sozialismus verteidigt werden kann, und daß, wer den Sozialismus — die wirtschaftliche Demokratie und die sozialen Menschenrechte — verwirft, damit tatsächlich die Geschäfte der Gegner des politischen Liberalismus und der politischen Demokratie besorgt, so geben sich jene sozialistischen Liberalen viel zu wenig Rechenschaft darüber, daß eine Ver-

⁷⁾ Wieweit *Spanien* für einen demokratischen Sozialismus offen ist, entzieht sich der Beurteilung. Vorerst sitzt eben Franco noch im Sattel und kann der papierenen Verurteilungen seines Regimes durch die von Amerika und England beherrschten Vereinten Nationen spotten. Die Madrider Zeitung „YA“ meint mit Recht, Amerika sei im Grunde dem gegenwärtigen Spanien wohlwollend gesinnt, und der scheinbar energische Tonfall der jüngsten Resolution der Politischen Kommission der UNO habe nur den Zweck, die auf *Taten* drängende Politik Moskaus zu durchkreuzen, mit anderen Worten: etwas Theaterdonner rollen zu lassen.

werfung in Bauch und Bogen des Sowjetregimes auch die Verwerfung der sozialen Revolution bedeutet, die in Rußland geschehen ist und weiter geschieht, und die mit den *unserer* Lebensform gemäßen Mitteln auch in Westeuropa fällig ist. Dem bürgerlichen Liberalen sagen wir daher, daß die Sache der Demokratie von ihrer geschichtlichen Bindung an den Kapitalismus befreit werden muß, wenn sie nicht überhaupt untergehen soll; den sozialistischen Liberalen erinnern wir daran, daß wir die Sowjetunion nicht nur als Liberale, sondern auch als Sozialisten beurteilen und uns bemühen müssen, ihren großen *sozialistischen* und allgemein menschheitlichen Leistungen gerecht zu werden, auch wenn wir ihre Diktatur und Terrormethoden ablehnen, wollen wir uns nicht an die Seite des sozialen Konservatismus und der kapitalistischen Reaktion drängen lassen, welche die Sowjetunion wahrlich nicht aus Liebe zur Freiheit, sondern aus Haß gegen die Gerechtigkeit so erbittert bekämpfen.

Meine seit langem gefestigte Ueberzeugung ist jedenfalls, daß die Bewegung des demokratischen Sozialismus, weit entfernt, dadurch an ihrer Seele Schaden zu nehmen und in ihrer Stoßkraft zu erlahmen, im Gegenteil erst recht sich selber finden und unwiderstehliche Sieghaftigkeit gewinnen wird, wenn sie von allem halb- und ganzbürgerlichen Antikommunismus sauber abrückt, das Große und Positive an der russischen Revolution ehrlich anerkennt und den falschen, weil gewalttätigen und absolutistischen Radikalismus der Kommunisten durch einen echten, im brennenden Verlangen nach Gerechtigkeit und Freiheit für alles Volk verwurzelten, im besten Sinne revolutionären Radikalismus überbietet. Könnte einem solchen Sozialismus der west- und mitteleuropäische Kommunismus als Verbündeter im Kampfe gegen weltliche und geistliche Reaktion gefährlich werden? Und könnte ein in diesem Geiste neugeordnetes Westeuropa von der Sowjetunion noch als Gefahr und Drohung empfunden werden? Die Frage beantwortet sich von selbst. Aber nun müssen wir unsere Erkenntnis eben auch *leben* — nicht mit der Gemütlichkeit des reformistischen Normalsozialisten, sondern mit der Entschlossenheit des Kämpfers, der weiß, daß von der Raschheit, mit der das Ziel — auch wenn es nur ein vorläufiges Ziel ist — erreicht wird, das Geschick unserer Generation, und mehr noch, abhängt.

Alliierte Deutschland-politik

Der Gedankengang, dem wir in dieser Monats- und Jahreschau gefolgt sind, wäre nicht zu Ende geführt, wenn er nicht in ein Wort über die *Lage in Deutschland* ausmündete. Denn das liegt ja nun klar am Tag: Ohne Verständigung über Deutschland gibt es keine Zusammenarbeit zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion. Und ohne eine sozialistische Lösung der deutschen Frage ist Westeuropa für den demokratischen Sozialismus verloren; es wird ent-

weder der kapitalistisch-klerikalen Reaktion zum Opfer fallen oder den Sozialismus in seiner autoritär-kommunistischen Form erleben⁸⁾).

Was bisher, in den anderthalb Jahren alliierter Besetzung, in dieser Beziehung geleistet worden ist, das ist nun freilich alles andere als von sozialistischem Geist eingegeben; es ist das genaue Gegenteil dessen, was hätte geschehen *müssen*, wenn man nicht einfach das Chaos herbeiführen wollte. Gewiß: Deutschland muß um jeden Preis außerstande gesetzt werden, auch noch einen dritten Weltkrieg zu entfesseln. Es muß — in rechter Weise! — „entnazifiziert“ werden, Das deutsche Volk muß, wenn irgendmöglich, umerzogen und zur Wiedergutmachung eines kleinen Teiles der entsetzlichen Schäden angehalten werden, die es anderen Nationen zugefügt hat. Aber es muß auch *leben und arbeiten* können. Es muß eine Chance bekommen, sich moralisch zu rehabilitieren und endlich den geistigen Anschluß an ein Europa wiederzufinden, von dem es sich in den letzten 150 Jahren immer rapider wegentwickelt hat. Und gerade gegenüber dieser, der zentralen Aufgabe hat die alliierte Politik im wesentlichen einfach versagt. Genauer gesprochen: Es gab bisher überhaupt keine einheitliche alliierte Politik gegenüber Deutschland. Es gab wohl Ansätze dazu, zumeist recht schlechte, wie das Potsdamer Abkommen, aber im übrigen gab es eben nur die vier Zonen, in die Deutschland — oder was nach der Abtrennung seiner östlichen Provinzen davon übrig geblieben war — zerrissen wurde, und in denen ein elendiglich heruntergekommenes, um seine bare Notdurft ringendes Volk, vermehrt um die Millionen aus dem Osten verjagter Landsleute, dahinvegetiert, neben einer schmarotzenden Besatzungsarmee und einer aufgeblähten Bürokratie, deren Treiben, nach dem eigenen Ausdruck anständiger alliierter Beobachter, ein ausgewachsener Skandal ist. Die deutsche Wirtschaft aber treibt anscheinend rettungslos einem eigentlichen Zusammenbruch entgegen, einer Lähmung von Produktion und Verkehr und einer unvorstellbaren weiteren Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung.

So war es bisher. Wird es nun endlich anders werden? Die Zeichen mehren sich, *daß* es anders, besser wird. Und zwar ist es wiederum England, wo die Einsicht in die unabweisbare Notwendigkeit einer *radikalen Aenderung* der alliierten Deutschlandpolitik am weitesten fortgeschritten ist. Das Schamgefühl des besten Englands lehnt sich gegen die Mißhandlung Deutschlands immer unabweisbarer auf, wobei

⁸⁾ Dr. Hans Oprecht, der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, warnt in einem Artikel über die internationale Sozialistenkonferenz in Bournemouth mit Recht: „Deutschland ist reif für den Sozialismus; der zweite Weltkrieg hat wirtschaftlich, sozial und geistig alle Voraussetzungen dafür geschaffen. Die enterbten, entwurzelten, ausgebombten Massen der Millionen von Deutschen erwarten die Hilfe vom Sozialismus. Enttäuscht er sie, dann werden alle diese Massen zu blinden Anhängern der Kommunisten und damit bereit, mit Rußland zu marschieren, auch gegen den Westen, auch gegen Labour-England. Wer solches nicht erkennt, der ist politisch mit Blindheit geschlagen.“

es höchster Ehre wert ist, daß derjenige Mann, der vielleicht am meisten von allen Einzelmenschen getan hat, um das öffentliche Gewissen Großbritanniens aufzurütteln, ein Jude ist, ein Angehöriger des Volkes also, das, menschlich gesprochen, tausend Gründe hätte, um sich gegen das Schicksal der Deutschen gänzlich zu verhärten: ich meine Victor Gollancz, den bedeutenden Verleger, Schriftsteller und Sozialisten, dessen "Save Europe Now" („Rettet Europa jetzt“)-Kampagne eben jetzt die ersten sichtbaren Erfolge errungen hat.

Umerziehung — Daß es gegenüber der deutschen Not — auch **auf beiden Seiten!** wenn sie keineswegs größer ist als die Not einer Reihe anderer Völker —, jenseits der

Schuldfrage, keine andere moralisch zu nennende Haltung geben kann als die der Hilfsbereitschaft, das bedarf keines weiteren Nachweises; es versteht sich von selbst. Aber auch die *politische* Klugheit sollte eine neue Einstellung der Alliierten gegenüber Deutschland nahelegen. Das deutsche Volk soll umerzogen werden. Jawohl, antworten die „Peace News“, „Deutschland *wird* umerzogen, aber von einem Schulmeister, der strenger ist als ihn Hitler selbst ihm aufzwang ausgenommen die Kinder von Buchenwald und Belsen: von der Vernachlässigung, die Unstetigkeit, Verzweiflung und Nihilismus lehrt. Diese Lehren werden nicht vergessen werden“. Die Umerziehung Deutschlands wird in der Tat mit einer Umerziehung der *Alliierten* beginnen müssen. Und wenn die auf Neujahr in Aussicht genommene Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Besetzungszone schon ein Stück eines weiterschauenden Gesamtplanes wäre, den wenigstens die Labourregierung im Kopf hätte, so wäre das wahrlich ein Glück für Europa — nicht nur im Hinblick auf Deutschland selbst, sondern auch wegen der Rückwirkung, die von einer *sozialistisch* ausgerichteten Deutschlandpolitik auf die Sowjetunion ausgehen müßte. „Auf britischer Seite“, so meinte kürzlich der „Socialist Commentary“, „kann viel getan werden um die *wirklichen* Ursachen des russischen Argwohns gegenüber einer ‚kapitalistischen Verschwörung des Westens‘ zu beseitigen. Wenn die Entschlossenheit sichtbar würde, eine sozialistische Politik in Deutschland durchzuführen, so wäre das ein greifbarer Beweis dafür, daß der Reaktion in Westeuropa jede Wiedererhebung verwehrt bleiben wird“.

Was für eine Politik das im einzelnen sein müßte, darauf kann heute auch nicht einmal andeutungsweise mehr eingetreten werden. Es sei nur noch die Warnung unterstrichen, die unbefangene Beurteiler der Lage im Hinblick auf gewisse Tendenzen der *deutschen Sozialdemokratie* an die Labourpartei richten. Wenn beispielsweise Geoffrey Frazer, der Chefredakteur des „Economist“, den kürzlich nach London berufenen SPD.-Präsidenten Schumacher, den er aus der Nähe kennt, im „Servir“ einen nationalistischen Demagogen nennt, „der zwar nicht

ein neuer Hitler ist, aber wohl vielleicht der Vorläufer eines solchen, kurz ein gefährlicher Mann“, so sollte das zu denken geben. Wir haben die verhängnisvolle Rolle nicht vergessen, welche die deutsche Sozialdemokratie von 1914 bis 1933 — es führt eine gerade Linie von der Bewilligung der ersten Kriegskredite bis zu Hitlers Machtantritt — gespielt hat und die heute noch keineswegs umgekehrt ist oder auch nur verleugnet wäre!

*

Haben wir nun, im Rückblick auf 1946, wirklich Grund zur Entmutigung, zum Schwarzsehen, zum Unheilprophezeien? Ich glaube nicht. Wir brauchen sicherlich Nüchternheit, Vorurteilsfreiheit, illusionslose Klarheit in der Beurteilung von Menschen und Dingen, brauchen tägliche Wachsamkeit und geduldig aufbauende Tapferkeit. Aber dann dürfen wir auch das Vertrauen haben, daß es nicht ein sinnloses Walten roher und blinder Kräfte ist, was wir um uns her erleben, sondern die wenn auch durch noch so viel Gerichte und Leiden hindurch geschehende, immer völliger Entfaltung des Sinnes der Menschheitsgeschichte, zu dessen Verständnis uns der Stern von Bethlehem führen will und an dessen Erfüllung wir alle mitzuarbeiten berufen sind. Das neue Jahr, in das wir bald eintreten werden, soll uns auf unserem Posten finden!

10. Dezember.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Es wird Geld gemacht Im schreienden Gegensatz zu den meisten Ländern, die den Krieg erlitten haben, erfreut sich die Schweiz einer glänzenden materiellen Lage. Ähnlich Amerika erlebt sie gegenwärtig eine *Nachkriegskonjunktur*, die einen wahren Goldregen über ihre oberste Verdienerschicht ausschüttet. Es wird jetzt unter uns Geld gescheffelt wie nur selten zuvor; eine fiebrige Produktions-, Neugründungs- und Exporttätigkeit ist im Gange von einem Ausmaß, das auch einen Teil der Nutznießer des großen „Segens“ schwindelig macht und jedenfalls alle diejenigen, die einen Ueberblick über die Gesamtwirtschaft haben, zu — natürlich ungehört bleibenden — Warnungen vor dem drohenden Rückschlag veranlaßt. Die augenblickliche Geschäftsblüte ist denn auch tatsächlich nicht so sehr ein Gesundheits- als ein *Krankheitszeichen*, ein Ausdruck des regellosen, allein von der Aussicht auf privaten Gewinn, nicht auf die Gesamtbedürfnisse der Verbraucher, geleiteten Draufloswirtschaftens, das als der Weisheit letzter Schluß gilt, und das doch unverkennbar einem vielleicht nur allzunahen, jedenfalls wohl jähen Absturz entgegentreibt. Dies um so sicherer, als diese Hochkonjunktur